



Themen mit Experten vertieft

FORUM DER 100: Arbeit nach Verfassungsreferendum geht weiter – „Beteiligungsprozess mit Wert an sich“

BOZEN (LPA). Selbstbestimmung, Proporz, Finanzautonomie, Gemeinwohlökonomie und Soziales, Ethik, Integration und Mehrsprachigkeit, direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung: Zu diesen Themen haben die Teilnehmer am Forum der 100 am Samstag eine Reihe von Fachleuten angehört.

Auch nach dem Nein der Bürger zur Verfassungsreform gehen die Arbeiten im Forum der 100 und im Konvent der 33 weiter. Das versicherten die 8 Vertreter des Konvents bei der jüngsten Sitzung des Forums. Es handele sich um einen Beteiligungsprozess, der einen Wert an sich bedeute und der politisch zu bewerten sei, hieß es.

Die erste Arbeitsgruppe (doppelte Staatsbürgerschaft, Beziehung zu Wien und Rolle der Region) lädt zur nächsten Sitzung Professor Roberto Toniatti ein. Die zweite Arbeitsgruppe hörte den Rechtsanwalt und Experten für öffentliches Recht, Franz Watschinger an, der die Selbstbestimmung als Prozess auf mehreren Ebenen darstellte.



Im Forum der 100 werden einzelne Themenbereiche jetzt in Arbeitsgruppen erörtert, bevor die Abschlussdokumente an den Landtag gehen.

Eine weitere Arbeitsgruppe legte beim Thema Schule die Betonung auf Qualität und Muttersprache, wobei auch eine mehrsprachige Ausbildung als Zusatzangebot angedacht wurde.

Ulrike Mahlknecht, die für die Landesabteilung Arbeit die Einhaltung des Proporz bei den Staatsstellen überwacht, wies in der vierten Arbeitsgruppe auf

die weiter bestehende Differenz zwischen zustehenden und zugewiesenen Stellen für die Minderheiten hin.

In der fünften Arbeitsgruppe warnte Jens Woelk, Professor für vergleichendes Verfassungsrecht an der Uni Trient, vor einer Aufweichung der Proporzbestimmungen, die es teilweise schon gebe. Susanne Elsen, Pro-

fessorin für Soziologie und Kommunikationsprozesse, erläuterte vor der sechsten Arbeitsgruppe das Modell der Gemeinwohlökonomie.

Ethik und Integration waren Themen des Theologen Paul Renner: An der Interkulturalität müsse auf institutioneller und individueller Ebene gebaut werden, wobei Schule und Lehrer darin zu unterstützen und religiöse Zentren zuzulassen sind, die die Begegnung fördern und den neu Ankommenden Geschichte und Kultur des Landes vermitteln.

Tobias Moroder, Bürgermeister von St. Ulrich, erklärte der achten Arbeitsgruppe die Strategie seiner Gemeinde, um der Politikmüdigkeit entgegenzuwirken. Formen der Beteiligung sollten auch im Statut verankert werden.

Ab nun werden die Vorschläge für eine Überarbeitung des Autonomiestatus ausgearbeitet; die Dokumente werden dem Konvent der 33 im Mai übermittelt und im Herbst dem Landtag vorgelegt.

© Alle Rechte vorbehalten